

Gegen Krieg, Militarisierung und Demokratieabbau

C 045 – beschlossen von dem 18. Ordentlichen DGB-Bundesjugendkongress 19/21.11.2009

Die Gewerkschaftsjugend spricht sich gegen Krieg, Kriegsvorbereitung und Abbau von Demokratie aus. Darunter fallen insbesondere folgende Punkte:

1. Die DGB-Jugend setzt sich für Frieden und Abrüstung ein. In Anbetracht der Geschichte des letzten Jahrhunderts, in dem auf die Weltwirtschaftskrisen von 1905 bis 1908 und von 1928 bis 1932 jeweils ein Weltkrieg folgte, verstärkt die DGB-Jugend gerade jetzt in der aktuellen Weltwirtschaftskrise ihr Engagement gegen Krieg, als Lösung der sich in der Krise verschärfenden Kämpfe um Märkte und Einflussphären. Im Sinne der internationalen Solidarität verurteilt sie, dass Kollegen auf Kollegen schießen und andere daran verdienen.
2. Die DGB-Jugend spricht sich gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inland aus. Mit Ausnahme im tatsächlichen Katastrophenfall. Gegen eine Grundgesetzänderung, die das ermöglicht und genauso gegen die derzeitige Handhabung des Grundgesetzes, bei der die Bundeswehr unter dem Vorwand der Amtshilfe oder durch die Übertragung des Hausrechts für öffentliche Plätze schon jetzt im Inland eingesetzt wird. In der Geschichte dieses Landes wurde die Armee auch genutzt, um gegen Streiks im Inland vorzugehen, diese Geschichte darf sich nicht wiederholen.
3. Die DGB-Jugend spricht sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft aus, insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Sie verurteilt, dass Kinder, angefangen bei Militärspielzeug bis hin zu militärischen Freizeitcamps an das Kriegshandwerk herangeführt werden. Sie verurteilt, dass Jugendlichen das Soldaten/-innen-Dasein als ganz normaler Beruf vermittelt wird und die Bundeswehr in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Hochschulen und Arbeitsämtern als Lehrkraft, Ausbilder/-in und Berufsberater/-in auftritt. Insbesondere lehnt sie Kooperationen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien, wie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ab, durch die Unterrichtsstunden und Lehrerfortbildungen durch die Bundeswehr zur Pflicht werden. Genauso vehement spricht sie sich dagegen aus, dass das Kriegsspiel Pol&Is zum Ausbildungsplan in Betrieben und scheinpflichtigen Seminaren an Hochschulen geworden ist. Nicht zuletzt verurteilt sie die regelmäßigen Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr in Arbeitsämtern sowie die feste Einrichtung von Rekrutierungsbüros in Arbeitsämtern. Die DGB-Jugend ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf.
4. Die DGB-Jugend verurteilt die Militarisierung des Katastrophenschutzes durch die Einrichtung sogenannter Verbindungskommandos aus Reservisten der Bundeswehr, die in allen Katastrophenschutzstäben auf Kreis-, Regions- und Bezirksebene sitzen und zur ständigen Beratung der Regierenden Büros in den Rathäusern eingerichtet werden. Zusammen mit den Landeskommandos auf Ebene der Bundesländer und den vier Wehrbereichskommandos, besetzt mit aktiven Soldaten, wurde so ein flächendeckendes Netz des Militärs für den Einsatz der Bundeswehr im Inland geschaffen, durch das die Bundeswehr auch Zugriff auf sämtliche zivile Hilfsorganisationen und deren Mitglieder erhalten hat.
5. Die DGB-Jugend verurteilt die zunehmende Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, z. B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum. Diese Zusammenarbeit widerspricht dem aus der Erfahrung mit der faschistischen Gestapo verhängten Trennungsgebot. Das schließt auch die Ausweitung der Befugnisse von Polizei, insbesondere des BKA und der Bundespolizei auf geheimdienstliche Ermittlungsverfahren ein.
6. Die DGB-Jugend verurteilt die Einschränkung von Grundrechten, wie z. B. die Versammlungsfreiheit durch die Föderalismusreform und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis durch das aktuelle BKA-Gesetz.
7. Die DGB-Jugend und der DGB werden zu diesem Thema aufklären und Informationsmaterialien herausgeben sowie Veranstaltungen und ggf. Seminare durchführen.